



NEWSLETTER NOVEMBER 2020
FÜR AB, MIL, MSP & WÜ

Foto: Hejning Schädlich

Liebe Leserin, lieber Leser,

in den letzten Wochen wurde in den Medien viel darüber berichtet, dass die Legislative das Heft des Handels in die Hand nehmen muss. Das gilt für den Bund und auch für die Länderparlamente. Wir sind bisher in unserem Land gut durchgekommen, weil die ganz große Mehrheit die Maßnahmen unterstützt und die Rettungsmaßnahmen gut finden. Lassen sie sich nicht verunsichern von Corona-Leugnern und von Zeitgenossen, die behaupten, das wäre doch alles nicht so schlimm. Diesen Leuten sage ich: „Doch, es ist schlimm, es ist richtig schlimm und deshalb müssen wir alle Anstrengung leisten, dass wir das Virus besiegen.“

Hände waschen, Abstand halten, Maske tragen, unnötige Begegnungen reduzieren und Lüften sind mehr als die halbe Miete. Wir müssen dem Virus mit Respekt aber nicht mit Angst begegnen. Das Leben muss weiter gehen und dieses Covid-Virus wird uns noch sehr lange begleiten. Und weil das Leben weiter gehen muss, sollten wir uns nicht von diesem Thema beherrschen lassen. Dennoch finde ich es richtig, dass wir jetzt auf die Bremse treten, weil ich Menschen nicht in die Lage versetzen will zu entscheiden, wer beatmet werden soll und wer nicht. Dieses Reduzieren der Kontakte ist furchtbar schmerzhaft und für alle eine Herausforderung.

Ich will weiter mit voller Kraft dafür arbeiten, dass diejenigen, die es ohnehin schon schwerer haben, in der Pandemie gestärkt und unterstützt werden. Lasst uns zusammenbleiben, mit Anstand und Abstand.

Viel Spaß beim Lesen.

Ihr/Euer *Bernd Rützel*



S. 3: Klartext

Klare Regeln fürs Homeoffice



S. 4: Corona-Hilfen

für Solo-Selbständige, Künstler*innen und Schausteller*innen



S. 6: Thomas Oppermann

Ein großer Sozialdemokrat ist viel zu früh verstorben.

NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

11 | 2020



Foto: Henning Schacht

KLARTEXT

KLARE REGELN FÜRS HOMEOFFICE

Seit unser Arbeitsminister Hubertus Heil vorgestellt hat, wie er mobiles Arbeiten besser regeln will, gibt es viel Kritik. Da sind diejenigen, denen das alles zu spät kommt, weil viele Beschäftigten jetzt ohnehin von zuhause arbeiten würden. Dann gibt es die, die darauf hinweisen, dass nicht alle Beschäftigten einen Teil ihrer Arbeit daheim erledigen können.

Es ist richtig, dass aktuell viele Menschen von zuhause aus arbeiten. Doch genau dafür brauchen wir Regeln. Wenn die Union jetzt fordert, dass für Beschäftigte im Homeoffice das Arbeitszeitgesetz aufgehoben werden soll, ist das genau der falsche Weg. Wir müssen die Menschen vor der völligen Entgrenzung der Arbeit schützen. Auch im Homeoffice brauchen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen ordentlichen Feierabend. Deswegen fordern wir Regeln für mobiles Arbeiten, die die Beschäftigten schützen und keine Aufweichung, die zu einer Rund-um-die-Uhr-Erreichbarkeit führt. Ein Blick auf die aktuellen Zahlen zu Dauer und Anzahl der Arbeitsunfähigkeit wegen psychischer Erkrankungen sollte das allen klar machen.

Und was die Berufe angeht, in denen kein Homeoffice möglich ist: Statt hier zu versuchen, die Beschäftigten gegeneinander auszuspielen, brauchen wir unterschiedliche Lösungen für unterschiedliche Berufe. Manchen ist mit einem Anspruch auf Homeoffice-Tage geholfen, für andere brauchen wir andere Ansätze für mehr Zeitsouveränität.

Nicht Spaltung, sondern bessere Bedingungen für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind das Ziel der SPD. Daran arbeiten wir gemeinsam mit den Gewerkschaften.

WISSEN FÜR DIE WESTENTASCHE



KINDER KONSEQUENT SCHÜTZEN!

Wird ein Kind Opfer sexueller Gewalt, muss der Staat effektiv und konsequent gegen die Täter*innen vorgehen! Deshalb hat Justizministerin Christine Lambrecht (SPD) einen Gesetzentwurf vorgelegt, der Gerichte und Polizei mit zusätzlichen Instrumenten ausstattet, um Kinder besser zu schützen. Das soll sich ändern:

>> Sexualisierte Gewalt gegen Kinder wird künftig nicht mehr als Vergehen, sondern als Verbrechen verfolgt, d.h. mit einer Mindestfreiheitsstrafe von einem Jahr belegt.

>> Der Besitz von Kinderpornografie wird künftig ebenfalls als Verbrechen verfolgt.

>> Telekommunikationsüberwachung und Online-durchsuchung gegen pädophile Kriminelle im Netz werden ermöglicht.

>> Der Besitz von kindlichen Sexpuppen wird unter Strafe gestellt.

Das hat Ende Oktober das Kabinett beschlossen und wir werden das im Deutschen Bundestag schnellstmöglich beraten und verabschieden.

Kinder vor sexueller Gewalt schützen!

SPD
Fraktion im
Bundestag



NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

11 | 2020



Foto: Henning Schacht

USA-Wahl



Sigmar Gabriel



Bernd Rützel

Mo, 02.11., 17 Uhr
Online-Diskussion 

ONLINE-DISKUSSION MIT GABRIEL

Am 3. November 2020 wählen die Vereinigten Staaten von Amerika einen neuen Präsidenten. Was könnte die Wahl für Deutschland und Europa bedeuten? Wie ist die Stimmung in den USA, gibt es einen Weg aus der Spaltung der US-Gesellschaft? Diese und weitere Fragen diskutiere ich mit Sigmar Gabriel, Bundesaußenminister a.D. und Vorsitzender der Atlantik-Brücke, am Montag, den 02.11.2020, um 17 Uhr.

Interessierte sind eingeladen, sich in das Gespräch einzubringen, das im Rahmen eines WebEx-Meetings durchgeführt wird. Den Link zum Meeting, die Zugangsdaten sowie weitere organisatorische Hinweise gibt es nach Anmeldung bis zum 2. November, 10 Uhr, unter bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de!

REDE ZUR KURZARBEIT

Kurzarbeit ist eine wichtige Brücke über ein tiefes und breites Tal. Wir verlängern das Kurzarbeitergeld bis Ende 2021. Im Plenum des Deutschen Bundestages habe ich hierzu Ende Oktober gesprochen. Die komplette Debatte inklusive meiner Rede gibt es mit Klick auf das Foto.



Erinnerungs- Kultur



Marianne Schieder



Bernd Rützel

Mo, 09.11., 18:30 Uhr
 Live-Diskussion auf Instagram mit den SPD-Bundestags-
 abgeordneten Marianne Schieder und Bernd Rützel  

Innere Sicherheit



Uli Grötsch



Bernd Rützel

Mo, 30.11., 17-18 Uhr
 Live-Diskussion auf Instagram mit den
 SPD-Bundestagsabgeordneten Uli Grötsch und Bernd Rützel  

NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

11 | 2020

Foto: Henning Schacht

WIRKSAMES LOBBYREGISTER

Die SPD fordert seit zehn Jahren die Einführung eines Lobbyregisters. Dass die Union ihren grundsätzlichen Widerstand nun aufgegeben hat, begrüße ich sehr. Das Bundesinnenministerium von Horst Seehofer hat allerdings erst ein Gesetz und dann einen Änderungsantrag vorgelegt, der den Anforderungen eines wirksamen Lobbyregisters nicht genügt. Zwar soll das Register nun auch für die Bundesregierung gelten, aber es sollen sich nur Lobbyisten eintragen müssen, die Einfluss auf Minister*innen und Staatssekretär*innen nehmen. Jeder Fachkundige weiß aber, dass Lobbyisten vor allem Einfluss auf Ministerialbeamte nehmen. Deshalb müssen natürlich auch diese Lobbyisten registriert werden.

Die Beteiligung von Lobbyisten an der Gesetzgebung im Ministerium muss genau dokumentiert werden. Externe Dienstleistungen müssen lückenlos offengelegt werden. Seehofer will das nicht, trotzdem bin ich zuversichtlich, dass wir mit der Union noch eine Einigung über ein gutes Lobbyregistergesetz hinbekommen.

MITBESTIMMUNG AUCH BEI TESLA

Tesla baut bei Berlin aktuell eine lokale Batteriezellen-Fertigung auf. Dort sollen künftig bis zu 40.000 Beschäftigte arbeiten. So weit, so gut. Nun versuchen die Gewerkschaften IG Metall und IG BAU, mit Tesla über die tarifliche Regelung der Entgelte und Arbeitsbedingungen ins Gespräch kommen. Das Gesprächsangebot wurde von Tesla allerdings seit März nicht beantwortet. Ich warne hier deutlich vor einer Aushebelung von Arbeitnehmerrechten: Tesla darf nicht zu einem zweiten Amazon in Deutschland werden! Auch Elon Musk muss die deutsche Mitbestimmung und das System der Tarifverträge akzeptieren. Das wird gerade in unserer Automobilindustrie intensiv und erfolgreich gelebt. Wir wollen neue Arbeitsplätze. Aber wir wollen gute Arbeitsplätze mit Tarifbindung.

DRUCK DER SPD ZEIGT WIRKUNG: MEHR HILFEN FÜR SOLOSELBSTÄNDIGE



Solo-Selbständige, Kulturschaffende, Veranstalter und die Reisebranche bringen Corona und die Schutzmaßnahmen in besondere Nöte. Da muss dringend nachgebessert werden. Zu viele fallen trotz der zahlreichen Maßnahmen durchs Raster und sind wegen der andauernden Einschränkungen in ihrer Existenz gefährdet. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert eine Nothilfe für Solo-selbständige. Zuständig ist das Bundeswirtschaftsministerium, das endlich handeln muss. Es ist gut, dass Minister Altmaier jetzt Handlungsbereitschaft erkennen lässt. Auf höchster Ebene wird um eine Lösung gerungen. Knackpunkt dabei ist die Berücksichtigung von Lebenshaltungskosten, die systematisch in das SGB II gehören. Hier muss dringend geprüft werden, ob eine pauschalisierte oder prozentuale Anrechnung bei den Fixkosten im Rahmen der Überbrückungshilfen möglich ist.

Ich halte außerdem eine Erweiterung der Überbrückungshilfe auf größere Mittelständler und eine Anhebung der Höchstfördergrenze für sinnvoll. Auch sollte

NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

11 | 2020



Foto: Henning Schwacht

mit der EU über eine Verlängerung der KfW-Kreditlaufzeiten und einen branchenbezogenen Ausfallfonds für Veranstalter gesprochen werden. Und es braucht eine Verlängerung von Hilfen bis weit in das kommende Jahr hinein, um Strukturen zu erhalten.

Wir brauchen mehr Sicherheit für die Betroffenen!

HAUSHALT 2021: STABILITÄT IN DER KRISE

Nur ein starker Staat kann Menschen schützen und Krisen meistern. Mit dem Haushalt für das Bundesministerium für Arbeit und Soziales sorgt der Bund mit rund 164 Milliarden Euro für Stabilität in der Krise. Die Menschen können sich auf unseren Sozialstaat und eine nachhaltige Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik verlassen.

>> Der Bund nimmt Geld in die Hand für die soziale Sicherung in schwierigen Zeiten. Das wichtigste Instrument dafür ist das Kurzarbeitergeld. Der Zugang dafür wurde zu Beginn der Krise erleichtert und nun entspre-

chend verlängert und auf bis zu 87 Prozent des Lohns erhöht. Damit sichern wir Arbeitsplätze in Deutschland und verhindern Arbeitslosigkeit.

>> Wir nehmen Geld in die Hand für eine nachhaltige Arbeitsmarktpolitik. Das bedeutet, dass wir auf Weiterbildung und Qualifikation setzen. Auch 2021 stehen über fünf Milliarden Euro für die Eingliederung in Arbeit zur Verfügung. Der Soziale Arbeitsmarkt als neues Regelinstrument ist ein großer Erfolg. Er bringt Langzeitarbeitslose in Arbeit mit Tariflohn und Absicherung. Das schafft soziale Teilhabe und stärkt den Wert von Arbeit.

>> Wir nehmen Geld in die Hand, damit die Rente zum Leben reicht. Zum 1. Januar 2021 tritt die Grundrente als Rechtsanspruch in Kraft. Allein 2021 stellen wir 1,4 Milliarden Euro zur Verfügung, damit Menschen, die ein Leben lang aber teilweise nur zu niedrigen Löhnen gearbeitet haben, nicht zum Sozialamt laufen müssen. 1,3 Millionen Menschen werden davon ab 2021 profitieren.



NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

11 | 2020



Foto: Henning Schacht

TRAUER UM THOMAS OPPERMANN

Wir alle sind tief erschüttert über den Tod von Bundestagsvizepräsident Thomas Oppermann, der am Sonntagabend, den 25.10.2020, plötzlich und unerwartet verstorben ist.

Seine beherzte und zupackende Art hat ihn zu einem außergewöhnlichen Politiker gemacht, der immer mit großer Verantwortlichkeit gehandelt hat. Ein großer Sozialdemokrat ist viel zu früh verstorben. Als Parlamentarischer Geschäftsführer, Fraktionsvorsitzender und Bundestags-Vize hat Thomas die SPD-Bundestagsfraktion geprägt. Ein kluger Kopf mit klarem Kompass, rhetorisch brillant und voller Energie: Thomas war Klartext-Politiker. Er hat die Werte unserer Demokratie als überzeugter Parlamentarier stets verteidigt.

Politisiert wurde er nach dem Abitur auf seiner Reise in die USA, wo er als freiwilliger Helfer der Aktion Sühnezeichen unter anderem für eine Gewerkschaft arbeitete. Mit nach Hause brachte er die Erkenntnis, dass

soziale Gerechtigkeit politische Einmischung erfordert. Thomas studierte dann in Göttingen Jura. Sein Studium finanzierte sich der Friedrich-Ebert-Stipendiat auch als Bauarbeiter und Nachtwächter. Von 1986 bis 1990 arbeitete er als Richter an den Verwaltungsgerichten in Hannover und Braunschweig.

1990 wurde er Mitglied des niedersächsischen Landtags, 1998 Minister für Wissenschaft und Kultur. Bei den Bundestagswahlen 2005 gewann Thomas im Wahlkreis Göttingen klar das Direktmandat, das er bei den folgenden drei Wahlen verteidigte. 2007 wurde er zum Ersten Parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktion gewählt, 2013 zum Vorsitzenden. In dieser Zeit konnte die SPD-Fraktion wichtige Projekte umsetzen, wie die Rente ab 63, den gesetzlichen Mindestlohn, eine Mietpreisbremse, eine Frauenquote für Aufsichtsräte und die „Ehe für alle“. Seit 2017 war Thomas einer der Stellvertreter von Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble.

Ich werde ihn persönlich und für Fraktion und Partei vermissen.



Foto: Susie Knoll



SOZIALSTAAT DER ZUKUNFT

Meine Bundestagskollegin Ulrike Bahr bat mich, Ende Oktober in Augsburg bei der Veranstaltungsreihe „Fraktion vor Ort“ zum Sozialstaat und der Arbeit der Zukunft zu sprechen. Mit dabei waren die Geschäftsführerin der Bundesagentur für Arbeit in Augsburg, die DGB-Geschäftsführerin von Schwaben, der ver.di-Bezirksvorsitzende, der IG Metall-Vertrauensmann bei MAN sowie der Geschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes.

Diese Veranstaltung wurde auch live auf YouTube gestreamt. Wer sie sich anschauen möchte, muss einfach nur auf's Foto klicken:



FES-INTERVIEW ZUM KURZARBEITERGELD

Ende Juni hat mich die Friedrich-Ebert-Stiftung als Arbeits- und Sozialexperte der SPD-Bundestagsfraktion zu den Verbesserungen beim Kurzarbeitergeld befragt. Jetzt können Sie den Beitrag hören, der auch einen interessanten Rückblick auf die historische Entwicklung des Kurzarbeitergeldes gibt. Meine Einschätzung gibt es ab 2:15 min (Klick auf's Foto!). Im Beitrag habe ich angekündigt, dass wir im Herbst über eine weitere Verlängerung bei der Kurzarbeit sprechen. Das tun wir aktuell. Zwar gibt es in einigen Branchen eine allmähliche Erho-

lung, in anderen ist aber noch keine Entspannung in Sicht. Deshalb wird die SPD die Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes auf bis zu 24 Monate, längstens bis zum 31. Dezember 2021, verlängern. Die prozentuale Erhöhung, die wir im Sommer erstritten haben, soll genauso lange gelten.



FES.DE

Audiobeitrag: Kurzarbeit und Kurzarbeitergeld. Historische Erfahrungen und aktuelle Wirkungen.

MEINE REDE ZU DEN TARIFVERHANDLUNGEN IM ÖFFENTLICHEN DIENST



In der Plenardebatte des Deutschen Bundestages zur Tarifrunde im Öffentlichen Dienst Anfang Oktober verbreitete mein Vorredner von der AfD wüste Theorien. Als er dann auch noch die aktuelle epidemische Lage mit dem Ermächtigungsgesetz Hitlers verglichen hat, konnte ich das nicht unwidersprochen stehen lassen. Die ganze Debatte inklusive meiner Rede gibt es mit Klick auf das Foto.

NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

11 | 2020

Foto: aijklusly-pixabay

KAB AUS UNTERFRANKEN IN BERLIN



Foto: Alexander Kolbow

Anfang Oktober habe ich mich mit einer unterfränkischen Delegation der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung KAB im Berliner Paul-Löbe-Haus getroffen. Alexander Kolbow hatte den Termin organisiert. Schwerpunkt unseres Gespräches waren Chancen und Herausforderungen einer von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil angestoßenen, wichtigen Debatte: der Regelung eines Anspruches auf und der Bedingungen für Homeoffice.



PFLEGEKONGRESS DER AG 60PLUS

Der „1. Pflegekongress der SPD-Senioren (AG 60plus)“ in Gemünden war ein voller Erfolg. Bei freiem Eintritt gab es hochkarätige Referent*innen, maßgeschneiderte Infos und Hintergrundwissen für Pflegenden Angehörige und Arbeitnehmer*innen in der Pflege. Dank der Infos am Stand von Ecolab kenne ich mich nun auch bei Kei-

men und Bakterien bestens aus. Zusammen mit Michael Biermann aus Randersacker habe ich ein paar eingefangen und unschädlich gemacht. Wie wichtig ausgiebiges und richtiges Händewaschen ist, konnten wir bei der Nachprüfung unter UV-Licht sehen. Unsere eingefangenen Bakterien (v.l.): Staphylokokke, Koli und MRSA.



Foto: Büro Rützel

AUF GUTE NACHBARSCHAFT

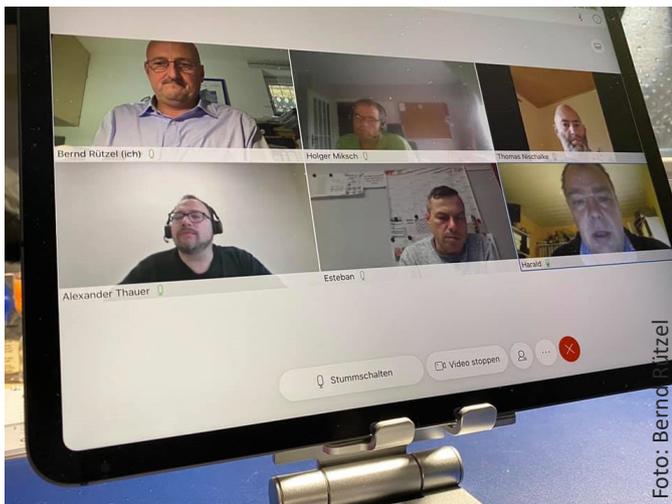
Die Frühförderstelle der Lebenshilfe Main-Spessart in Gemünden ist jetzt nur 50 Meter von meinem Wahlkreisbüro entfernt. Hier wird wichtige Arbeit für unsere Kinder geleistet. Aber nicht nur in den neugestalteten Räumen werden Kinder im Alter von 0 bis 6 Jahren gefördert, sondern auch durch mobile Teams Zuhause. Danke für Ihre wertvolle Arbeit!



Foto: Büro Rützel



DIGITALER BETRIEBSRÄTESTAMMTISCH



Einmal im Monat lade ich zum Betriebsrätestammtisch ein. Unsere regelmäßigen Zusammenkünfte haben sich für alle Beteiligten seit vielen Jahren bewährt. Im letzten Gespräch äußerten viele Betriebsrät*innen Skepsis über die bislang nur online möglichen Betriebsratsitzungen. Auch das Thema Ausbildung wurde angesprochen: Azubis werden übernommen und auch unverändert eingestellt. Allerdings wollen manche Firmen nur noch eine zwei Jahre lange Schmalspurausbildung, was ich für einen schweren Fehler halte.

Der nächste Stammtisch ist am Montag, den 09.11.2020, um 17 Uhr. Bei Interesse bitte melden!

ZUKUNFT DER AUTOMOBIL-ZULIEFERER

Die SPD-Landtagsfraktion veranstaltete Mitte Oktober in Schweinfurt ein Fachgespräch zur Zukunft der unterfränkischen Automobilzuliefererbranche in Zeiten von Corona und E-Mobilität.

Mit unseren unterfränkischen Landtagsabgeordneten Martina Fehlner und Volkmar Halbleib habe ich dort klargemacht: Unterfranken muss zur Stärkung der industriellen Arbeitsplätze das Konjunkturpaket der Bundesregierung nutzen. In den nächsten zwei Jahren

werden hier für neue Innovationscluster in der Automobil- und Zulieferindustrie insgesamt 2 Milliarden Euro Fördergelder freigegeben, die wir auch in Unterfranken nutzen sollten. Über unseren Antrag hierzu im Rat der Regionen der Mainfranken GmbH habe ich bereits im letzten Newsletter berichtet.

Die nächsten Monate werden entscheidend sein, um gemeinsam klare Perspektiven für Beschäftigte und Firmen in dem Bereich zu entwickeln. Darüber sprachen wir in Schweinfurt mit Vertreter*innen von Unternehmen, Betriebsräten und Gewerkschaften, Vertretern der Region und Fachpolitiker*innen aus Bundestag und Landtag.



NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

10 | 2020

Martina Fehlner



Landtagsabgeordnete
für Aschaffenburg-West

Betreuungsabgeordnete für AB-Ost,
Main-Spessart und Miltenberg

Sprecherin für Tourismus-, Forst- und
Medienpolitik der SPD-Landtagsfraktion

Liebe Leserinnen und Leser,

der Herbst ist da. Und mit ihm das Ende einer Reise-saison, die in diesem Jahr verlief wie keine zuvor. Der erfolgsverwöhnte bayerische Tourismus erlitt durch die Coronakrise einen dramatischen Einbruch. Allein die Monate März, April und Mai, in denen der Tourismus komplett zum Stillstand kam, sorgten für Umsatzverluste in Milliardenhöhe. Inzwischen ist die Branche erfreulicherweise auf Erholungskurs. Das belegen die Gästezahlen: Im April waren sie um 94,5 Prozent eingesackt. Ein Minus, das sich schrittweise reduzierte: auf -54,7 Prozent im Juni und -37,1 Prozent im Juli, im Vergleich zu den jeweiligen Vorjahreswerten.

Das Bild wäre jedoch nicht komplett, wenn wir nur auf diese Zahlen schauen würden. Denn innerhalb der Branche zeigen sich ganz unterschiedliche Schattierungen. Da ist der Campingtourismus, der bereits jetzt wieder mit Zuwächsen beeindruckt. Da sind aber auch die Jugendherbergen und Hütten, die Ferien- und Schulungsheime, die nach wie vor ganz massiv leiden. Gerade diese Einrichtungen müssen auch künftig mit ausreichenden finanziellen Hilfen unterstützt werden. Denn sie sind mehr als reine Übernachtungsstätten. Sie sind Orte der Begegnung, des Austauschs, der Bildung – und als solche von gesellschaftlicher Bedeutung.

Nach den Sommermonaten verdunkeln sich nun die Wolken über der Gastronomieszene erneut. Nach den neuen „Lockdown light“-Beschlüssen der Ministerpräsidenten müssen nun schnellstmöglich neue und bessere

Hilfspakete her, um die betroffenen Betriebe zu unterstützen.

Vom Herbst ist es nicht weit zur Weihnachtszeit. Doch ob und in welcher Form Lichterglanz und Budenzauber in diesem Jahr rund um unsere Marktplätze Einzug halten, das steht mancherorts in den Sternen. Nachdem bereits seit dem Frühjahr Ostermärkte, Volksfeste und Kirchweihen abgeblasen wurden, gehören die Schau-steller und Marktkaufleute zu denen, die mit am stärksten von der Krise getroffen sind. Käme nun auch noch der Ausfall von Weihnachtsmärkten dazu, dürften bei



Foto: Büro Fehlner

vielen Betrieben endgültig die Lichter ausgehen. Damit dies nicht geschieht, engagieren wir uns im Landtag bereits seit vielen Monaten für ein bayerisches Hilfspaket für diese Berufsgruppen. Außerdem muss für die Kommunen Rechtssicherheit für die Durchführung derlei Veranstaltungen geschaffen werden.

Mit diesen und weiteren Initiativen setze ich mich gemeinsam mit der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag für den Tourismus in unserem Land ein.

Herzlichst

Ihre Martina Fehlner

Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdL
Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg
Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604
buergerbuero@martina-fehlnr.de

NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

10 | 2020

Volkmar Halbleib



Landtagsabgeordneter für WÜ-Land

Betreuungsabgeordneter für WÜ-Stadt, Stadt und Landkreis Schweinfurt sowie die Landkreise Bad Kissingen, Haßberge, Kitzingen und Rhön-Grabfeld

HALTUNG DER STAATSREGIERUNG ZUR STROMTRASSE P43 ERNÜCHTERND UND ENTtäUSCHEND

Liebe Leserin, lieber Leser,

in einer Anfrage an die Staatsregierung habe ich die Staatsregierung und Ministerpräsident Söder zu einer Stellungnahme zur Wechselstromleitung P43 in der Region Spessart und Rhön aufgefordert. Die Antwort ist ebenso enttäuschend wie ernüchternd: Ministerpräsident Söder und die Staatsregierung sehen keine Alternativen zur Wechselstromleitung P43 und werden diese auf Bundesebene nicht auf den Prüfstand stellen.

So schreibt die Staatsregierung: „Im Ergebnis hat sich gezeigt, dass die Varianten lediglich einer Verschiebung von Betroffenheiten gleichkämen und ein Verzicht sowohl von P43 und seiner Varianten als auch P44 und seiner Varianten nicht möglich ist.“

Somit wird die Region mit einem Trassenneubau belastet, obwohl die P43mod entlang einer bereits bestehenden Stromtrasse gebaut werden könnte. Eine Entlastung des Knotenpunkt Grafenheinfeld rückt damit in weite Ferne. Stattdessen droht ein Trassenneubau mit Eingriffen in die Naturlandschaft. Denn nach Antwort der Staatsregierung werden „nur einzelne Abschnitte an neuralgischen Punkten“ durch Erdverkabelung realisiert. Weite Teile müssen hingegen mit Hilfe von Freileitungsmasten gebaut werden. Damit räumt die Staats-

regierung ein, dass sie gravierende Eingriffe in die Naturlandschaft Rhön und Spessart nicht ausschließen kann.

Mit der Antwort ist auch das „Schwarze Peter“-Spiel in der Staatsregierung ein für alle Mal erledigt. Beide, Markus Söder und Hubert Aiwanger, die Parteivorsitzenden von CSU und Freie Wähler, haben als Mitglieder der Staatsregierung die gleiche Haltung zur P43.



Foto: Chris Frenzel, pikabay

Die betroffenen Landrät*innen aus den Landkreisen Rhön-Grabfeld, Schweinfurt, Bad Kissingen und Main-Spessart haben ihre Bedenken in einem Schreiben vom 18. September an das Bundeswirtschaftsministerium geäußert. Jetzt sind die örtlichen CSU-Abgeordneten, die sich öffentlich gegen die P43 gestellt und Wirtschaftsminister Aiwanger in die Schuhe geschoben haben, gefordert, Söder zu einem Kurswechsel zu bewegen. Die P43 muss zumindest solange gestoppt werden, bis die Variante P43mod geprüft oder durch eine Verstärkung des sogenannten SuedLink ein Verzicht auf die neue Trasse erfolgen kann. Berechtigte Einwände der Landkreise und ihrer Einwohner müssen berücksichtigt werden.

Ihr/Euer Volkmar Halbleib

Bürgerbüro Volkmar Halbleib, MdL
Sammelstraße 46, 97070 Würzburg
Tel: 0931 59384 | Fax: 0931 53030
buergerbueero-halbleib@t-online.de